

V7-Beschluss Solidarität mit Fridays for Future!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 24.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

998 Seit Monaten streiken in Deutschland sowie in vielen weiteren Ländern jede Woche
999 Schüler*innen sowie Studierende für einen verantwortungsvollen Umgang mit der
1000 Klimakrise. Initiiert wurden die Streiks von der schwedischen
1001 Klimagerechtigkeitsaktivistin Greta Thunberg. Ihren Höhepunkt fand die
1002 Mobilisierung am 15.03.2019 beim globalen Klimastreik an über 2000 Orten in über
1003 100 Ländern. Allein in Deutschland beteiligten sich 300000 Menschen an den
1004 Streiks.

1005 Die Reaktion der NRW-Landesregierung auf die Streiks fand bislang jedoch nicht
1006 durch eine Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Forderungen der Streikenden
1007 statt. Vielmehr verurteilt sie das Fernbleiben aus dem Unterricht und macht sich
1008 Gedanken, wie sie durch Sanktionen und Einschüchterungen die Klimastreiks
1009 unterbinden kann.

1010 Die Dienstanordnung von Kultusministerin Yvonne Gebauer, nach der bei
1011 wiederholtem unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht, Sanktionen gegen
1012 Schüler*innen angewendet werden sollen und nach Streiks nicht als
1013 außerschulische Veranstaltung genehmigt werden können, verurteilen wir als
1014 grundlegend falsch.

1015 Diese Repressionen zeigen die Hilflosigkeit der Landesregierung gegenüber den
1016 Streikenden und die nicht vorhandenen Antworten von schwarz-gelb auf die das
1017 drängendste Problem unserer Zeit, die Gefahr eines Klimakollaps.

1018 Bis vor kurzem bemängelten Politik, Medien und Gesellschaft das vermeintliche
1019 Desinteresse der "Jugend von heute" am politischen Geschehen. Diesem Vorurteil
1020 ruft die hochpolitische Bewegung "*Fridays for Future*" unsere Forderungen
1021 entgegen. Scheinbar jedoch zur falschen Zeit und dann auch noch zu Problemen,
1022 die eigentlich "für Profis" sind, wenn man Christian Lindner glauben schenkt.

1023 Die Argumentation der Landesregierung, dass Engagement für den Klimaschutz in
1024 der Freizeit ja sehr begrüßenswert sei, ist komplett scheinheilig. Über
1025 Jahrzehnte wurden Freizeitproteste für den Klimaschutz von der Politik

1026 weitgehend ignoriert. Das Fernbleiben vom Unterricht verschafft dem Protest nun
1027 erst die Aufmerksamkeit, die er schon immer verdient hat und ist im Angesicht
1028 des Handlungsdrucks zur Abwendung der Klimakrise legitim.

1029 Die aktuelle Politik der Bundes- und Landesregierung ist eine des Stillstandes.
1030 Der angedachte Kohleausstieg 2038 sowie die absolute Planlosigkeit bei der
1031 Verkehrswendestehen in keiner Relation zu dem, was wir machen müssen, um die
1032 Pariser Klimaziele einzuhalten und unseren Teil dazu beizutragen. Das 1,5 Grad
1033 Ziel darf nicht verfehlt werden, die Folgen wären fatal.

1034 Auch das "Ergebnis" der Kohlekommission kann kein Konsens sein, immerhin fehlte
1035 eine ganze Generation sowie schon heute von der Klimakrise betroffene Menschen
1036 im globalen Süden am Tisch!

1037 Genau deshalb nehmen wir gemeinsam mit den Streikenden von Fridays for Future
1038 unsere Zukunft selbst in die Hand. Anstelle von Repressionen erwarten wir von
1039 der Landesregierung, inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der
1040 Jugendlichen auf den Straßen und damit eine klimapolitische Kehrtwende und ein
1041 Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen.

1042 Wir Jugendlichen sind die Profis für unsere Zukunft.

Begründung

Erfolgt mündlich.